



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/KVI/50 = 4. Februar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Adenauer-GmbH in Liquidation</u> Von Franz Barsig	88
3 - 4	<u>Gewicht liegt auf konventionellen Waffen</u> Die Verteidigungskonzeption von Dänemark und Norwegen	44
4	<u>Wo blieb der Dank?</u> Herr von Hassel, die Damen und ein Untereuchungsausschuss	21
5	<u>In Gedenken an Minna Specht</u> Zum Tode einer grossen Erzieherin (+ 3.2. 1961) Von Willi Eichler	46

* * * * *

Adenauer-GmbH in Liquidation

Von Franz Barsig

Es war eine rauschende Wahlnacht, am 15. September 1957, als die CDU/CSU im Bundestag die absolute Mehrheit erreichte. Heute, nach dreieinhalb Jahren, ist von diesem Rausch nur noch der Kater zurückgeblieben, denn diese Partei und Fraktion hat die parlamentarischen Möglichkeiten, die die absolute Mehrheit bot, nicht genutzt. Heute ist sie bei der Inventur. Wenn man einen Vergleich aus dem geschäftlichen Bereich heranziehen will, dann kann man feststellen, dass die Adenauer-GmbH das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses beantragt hat.

Aufgeriebene "Koalitionspartner"

Nur in einem Punkt ist sie ihren alten Praktiken treu geblieben. Auch in dieser Legislaturperiode hat ein Koalitionspartner das Faktieren mit der CDU/CSU mit dem Leben bezahlt.

Von 1953 bis 1957 bezahlte die FDP und der BHE diese Koalition mit Parteispaltungen, in dieser Legislaturperiode war die DP das Opfer dieser Umklammerung. Aber trotz dieser bitteren Erfahrungen scheint es schon jetzt wieder Eifrige zu geben, die begierig sind, erneut in diesen Schneewittchenapfel zu beißen.

Scherbenkaufen Krankenversicherungsreform

Ansonsten aber dürfte die Inventur, die in den letzten Tagen beim Kanzler stattgefunden hat, eine wenig erfreuliche Bilanz gezeitigt haben. Was stellte man fest?

In der Frage der Krankenversicherungsreform steht man vor einem totalen Scherbenkaufen. Was ist das für eine Regierung, die einstimmig einen Gesetzentwurf billigt, mit der Stimme Konrad Adenauers, die sich dann ob der Unmöglichkeit ihres Entwurfes Schritt für Schritt zurücktasten muss, um dann schliesslich kläglich einzugestehen, dass sie nicht weiter kommt? Was ist das für eine Fraktion mit der absoluten Mehrheit, die in zweieinhalb Jahren nur Beschlüsse fassen kann, die den Stempel des Unpraktikablen tragen und die in der kommenden Woche bei den Rückzugefechten nur noch überlegen kann, wie sie ihre Blößen verdeckt?!

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall - seit 1954 versprochen

Ob es mit der versprochenen Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für Arbeiter tatsächlich etwas wird, kann niemand sagen, denn dieses Versprechen wurde von der CDU schon im Jahre 1954 gegeben, jetzt schreiben wir 1961 und die ersten Ankündigungen, jetzt sollte ernst gemacht werden, haben bereits eine Reihe von Interessentenverbänden auf den Plan gerufen, die der CDU das Leben noch sehr sauer machen werden. Da die Wahlkassen dieser Partei leer, auf der anderen Seite aber Gelöbter der CDU und jetzt rebellierende Interessenten identisch sind, ist es mehr als fraglich, ob dieses neue Versprechen eingelöst wird.

Kinder, das Kindergeld!

Bleibt - aber auch hier handelt es sich bisher nur um ein Versprechen - die "soziale Grosstat" beim Kindergeld, wo man fürs zweite Kind 25.-- DM zahlen will, wenn das Einkommen nicht höher als 500.-- DM monatlich liegt. Dafür haben wir einen Familienminister, der in unterdrückten Denkschriften nachgewiesen hat, dass in der Bundesrepublik für die Förderung der Familie am wenigsten in ganz Europa getan wird.

Aber diese Partei hat die absolute Mehrheit! Sie hat offensichtlich in den dreieinhalb Jahren nicht gewusst, was sie damit anfangen soll. Damit unterstützen wir durchaus nicht Konrad Adenauer, der, als er davon sprach, "nicht pingelig mit der Macht" zu sein, das erreichen wollte, was der CDU-Abgeordnete Schmücker einmal klassisch so formulierte: "Uns wird der grösste Sachverstand nicht davon abhalten können, von unserer Mehrheit Gebrauch zu machen". - Wir meinen nur, dass die absolute Mehrheit der CDU es nicht verstanden hat, selber klare Konzeptionen zu entwickeln, die sich schliesslich dann auch in einer mehrheitlichen Abstimmung hätten niederschlagen können. Die Unfähigkeit lag in den eigenen Reichen begründet.

Unglücksraben Blank und Schröder

Nicht viel besser sieht es auf anderen Gebieten aus. Neben dem Unglücksraben Blank ist der schöne Gerhard zum Pechvogel dieser Session geworden. Weil er meinte, er könne mit seinem ministeriellen Kopf durch alle Wände gehen und weil er, hochmütig wie immer, glaubte, er habe ein Patent auf die Richtigkeit seiner Ansichten. So konnte es nicht ausbleiben, dass er mit dem Notstandsrecht scheiterte, und es wird sich erst erweisen müssen, ob die neue Offerte der CDU, jetzt im Rechtsausschuss das Thema erneut zu besprechen, echte Gesprächsbereitschaft oder Wahlmache ist. Schröder hatte Pech mit seinen Rundfunkgesetzentwürfen, und schliesslich dürfte er auch der erste Minister sein, der es erlebt hat, dass ein Gesetzentwurf, nämlich der Entwurf über Ein- und Ausreise, von allen Fraktionen des Hauses abgelehnt worden ist.

Damit ist man mit der Bilanz fast am Ende. In der Liquidationsphase findet man noch einige Trostpflästerchen für den Mittelstand, obwohl die Regierungserklärung von 1957 gerade auf diesem Gebiet umfassende Hilfen versprochen hatte. Das gleiche gilt für die grosse Steuerreform, die nicht gekommen ist.

Schwächster Bilanzposten - Adenauer

Der schwächste Posten in dieser Bilanz aber ist Adenauer. Die CDU weiss das; sie bemerkt selbst mit Erschrecken, dass die Perioden von Arbeit und Erholung beim Kanzler immer kürzer werden, und es kommt nicht von ungefähr, dass einmal eine Veranstaltung wegen Regen, einmal wegen Glatteis und einmal wegen "Staatsgeschäften" abgesagt werden muss. Es lässt sich eben nicht verheimlichen, dass die Natur ihre Rechte fordert, und in diesem Alter hat man wahrlich einen friedlichen Lebensabend verdient. Und dann stellt sich bei der CDU bei der Bilanzaufnahme erneut die Frage: Was kommt danach? Und wenn es danach geht, dann befindet sich die GmbH nicht in Vergleichsverhandlungen, dann muss sie Konkurs anmelden.

Gewicht liegt auf konventionellen Waffen

kn. - In Nordeuropa bildet sich gegenwärtig so etwas wie eine Neuordnung der NATO-Verteidigungskonzeption heraus. Der oberste Gesichtspunkt ist dabei: "Im europäischen Raum sind gute konventionelle Streitkräfte zu unterhalten und durch gemeinsame Rüstungsanstrengungen über Staatsgrenzen hinweg zu modernisieren. Die strategische Atomwaffe für die Abwendung überlokaler Konflikte bleibt den Vereinigten Staaten vorbehalten. Die Kommandostruktur wird so umgebaut, dass man grösseren lokalen Konflikten mit dem besten Einsatz moderner konventioneller Streitkräfte begegnen kann." Dafür gibt es gerade in diesen Wochen markante Hinweise.

Die Regierungen in Kopenhagen und Oslo haben erneut betont, auf den Territorien der beiden nordischen NATO-Staaten sind keine Atomwaffen zu lagern. Auf der anderen Seite aber haben die Bonner Besprechungen zwischen dem dänischen Verteidigungsminister Hansen und Bundesverteidigungsminister Strauss als Ergebnis die Bildung einer Sachverständigenkommission gehabt, welche über eine engere Zusammenarbeit in der Rüstungswirtschaft beider Staaten verhandeln sollen. Die Regierung in Oslo hat bereits Mitte Januar ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Verteidigungsrüstung erklärt, nachdem diese Dinge am 17. Dezember 1960 zwischen Strauss und dem Osloer Verteidigungsminister Randal in Paris vertraglich geregelt wurden. Unter anderem wird Norwegen 15 U-Boote in der Bundesrepublik kaufen. Norwegen und Dänemark sind aber nicht bereit, amerikanischen Atom-U-Booten das Anlaufen ihrer Häfen zu gestatten.

Depots und Marinestützpunkte sind bereits vor einiger Zeit den deutschen Streitkräften in den beiden nordischen Staaten zur Verfügung gestellt worden, wobei sie unter Kontrolle der dortigen Truppen stehen. In Verbindung mit all diesen Voraussetzungen bahnt sich jetzt auch eine effektive Verteidigungsstruktur an, in die der Wehrbereich I mit Schleswig-Holstein einbezogen wird. Die Bildung eines besonderen deutsch-dänischen NATO-Abschnitts an den Ostseeaugängen (möglicherweise mit dem britischen Admiral Townsend an der Spitze) unter dem NATO-Nordabschnitt in Oslo dürfte bevorstehen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Ministerbesprechungen über die gemeinsamen Rüstungsgeschäfte und die Bildung des Ostseekommandos beinhalten, in dem gesamten Bereich, also auch in Schleswig-Holstein sind keine Atomwaffen zu lagern.

Die skandinavische Konzeption, konventionell für den Verteidigungsfall stark zu sein, aber die strategisch atomare Rüstung aus politischen und militärischen Gründen nicht in den vordersten Graben zu legen, scheint sich auch in England und nach der neuen Präsidentschaft Kennedys in den USA durchzusetzen. Großbritannien scheint sich nun doch zum Bau von vier großen Flugzeugträgern entschlossen zu haben, einer Waffe, die im großen lokalen Konflikt aber nicht im weltweiten atomaren Gegenschlag eine Rolle spielt. Jedenfalls wollen die Engländer ihren Flugzeugträgern den Vorrang vor den atomaren Raketen-U-Booten geben, die ja gleichfalls zur weltweiten Abschreckungsstrategie gehören.

Bei allen ist natürlich noch die Frage offen, ob deutsche Truppen als Teil der NATO-Verteidigungskräfte und im Rahmen eines NATO-Kontrollsystems Atomwaffen unter gemeinsamer NATO-Kontrolle erhalten würden. Hier scheint es aber in der Realisierung darauf hinauszulaufen, daß in gewissen westlichen Gebieten der Bundesrepublik sowie in Frankreich und England diese strategische NATO-Atom einsatzreserve stehen würde. Auch aus militärfachlicher Sicht würde man diese NATO-vollintegrierte Atomtruppe nicht in den vorderen Graben legen können und den Amerikanern einen guten Einfluß in der Befehlsgewalt überlassen müssen.

+ + +

Wo blieb der Dank ?

sp - In Bonner politischen Kreisen - namentlich bei der CDU - hat es gewisses Befremden verursacht, dass Dr. Adenauer anlässlich seiner Freitag-Unterhaltung mit den Vorsitzenden der Frauenverbände u.a. auch den Schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel in die Show "eindrehte". Eingeweihte wissen, dies sei geschehen, um den angeschlagenen Bundeswahlkampfleiter der CDU wieder etwas aufzuwerten. Ein anderer Aufwertungsvorschlag wurde weder von Dr. Adenauer noch von Herrn von Hassel selbst akzeptiert. Einige Wahlkampfstrategen der CDU meinten, Herr von Hassel könnte die Scharten der jüngsten Vergangenheit etwas auswetzen, wenn er öffentlich und mit Nachdruck den Mitgliedern des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Kiel den ministerpräsidentlichen Dank für die bisher schon geleistete Arbeit bei der Durchleuchtung der zahlreichen Verschleierungsaffären im Lande des CDU-Wahlkampfleiters ausspreche. Von Hassels vornehme Zurückhaltung in dieser Angelegenheit wird mit dem Hinweis begründet, ein solcher öffentlicher Dank würde vielleicht als indirektes Eingeständnis für Versäumnisse in der Vergangenheit gewertet werden können. Und da man das nicht will, musste Herr von Hassel mit den Damen diskutieren und ein ernstes Gesicht machen, als der Herr Bundeskanzler höchst persönlich seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, dass nach fast zwölfjähriger CDU-Regierungsführung keine Frau im Bundeskabinett zu finden sei ...

+ + +

Im Gedenken an Minna Specht

Zum Tode einer grossen Erzieherin (+ 3. 2. 1961)

Von Willi Eichler

Politische Erziehung oder Erziehung zu politischer Verantwortung, das war Inhalt der Lebensarbeit von Minna Specht. Sie wurde vor 81 Jahren in Reinbek bei Hamburg geboren, als Lehrerin ausgebildet und gehörte zu den ersten Frauen, die zum Universitätsstudium zugelassen wurden. Nach Abschluss ihres Studiums der Geschichte, der Geographie und der Mathematik wurde sie nach längerer Tätigkeit in den Landerziehungsheimen von Hermann Dietz Mitarbeiterin des Göttinger Philosophen Leonard Nelson. 1926 gründete sie mit ihm das Landerziehungsheim Walkemühle bei Kassel, in dem unter ihrer Leitung junge Menschen aus verschiedenen Ländern zu kritischem Denken und sozialem Verantwortungsbewusstsein erzogen wurden.

Nachdem die Nationalsozialisten die Walkemühle beschlagnahmt hatten, ging Minna Specht mit einem Teil der Schüler und Lehrer in die Emigration nach Dänemark, und als die nationalsozialistische Bedrohung sich auch auf den Norden Europas ausdehnte, nach England. Dort, zu Beginn des Krieges als feindliche Ausländerin interniert, organisierte und leitete sie im Internierungslager auf der Isle of Man eine Lagerschule. Nach ihrer Entlassung arbeitete sie in England im Rahmen verschiedener Organisationen an Plänen für die Erziehung der Deutschen Jugend nach dem Krieg, war Mitbegründerin der "German Educational Reconstruction", einer englisch-deutschen Erzieherorganisation, und verfasste während dieser Zeit verschiedene Schriften, darunter die programmatische Arbeit "Gesinnungswandel". Sie nahm auch leidenschaftlichen Anteil an den Beratungen: "Union Deutscher Sozialistischer Organisationen in Gross-Britannien", vor allem an den Arbeiten, die sich mit den kulturellen und pädagogischen Arbeiten für die Nachkriegszeit befassten. Bis zuletzt war sie aufs innigste mit der Arbeit der SPD verbunden und stand ihr, so lange ihre Kräfte reichten, als Beraterin, Rednerin und Kursleiterin zur Verfügung.

Im Jahre 1946 übernahm sie die Leitung des Landerziehungsheims Odenwaldschule, wo sie ihre reichen erzieherischen Erfahrungen und Erkenntnisse modellhaft verwertete und auf zahlreichen internationalen Tagungen auch über die Kreise der Schule und die Grenzen Deutschlands hinaus nahebrachte. Nach fünf Jahren legte sie die Leitung der Schule nieder und wurde Mitarbeiterin am Institut für Pädagogik der Unesco in Hamburg und der Deutschen Unesco-Kommission. Ihre Arbeit in den Landerziehungsheimen setzte sie bis zuletzt fort als deren pädagogische Beraterin.

Diese äusseren Daten ihres Lebensweges vermitteln nicht unbedingt einen Eindruck von Minna Spechts pädagogischer Wirkung, da solche Wirkung ja nicht in greifbaren Erfolgen zu messen ist, sondern nur daran, wie weit sie auf Gesinnungen und Haltungen von Menschen Einfluss gewinnt. Solchen anhaltend bewegenden Einfluss haben alle verspürt, die mit Minna Specht in Berührung gekommen sind, von denen viele heute an verantwortlicher Stelle im erzieherischen und politischen Leben stehen. Zu ihrem achtzigsten Geburtstag haben ihr Freunde, Mitarbeiter und Schüler eine Festschrift *) gewidmet, in der sie berichteten über Ideen und Arbeiten, die sie mit Minna Specht verbinden und in der sie Zeugnis ablegen von dem Glück, das sie in der Begegnung mit ihr erfahren haben.

*) "Erziehung und Politik. Minna Specht zu ihrem achtzigsten Geburtstag", Frankfurt 1959.

+ + +